

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telek: 886 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Anke Fuchs MdB betont am 55. Jahrestag der Reichspogromnacht: Die Erinnerung verpflichtet uns zum Handeln.

Seite 1

Dr. Christoph Zöpel MdB stellt 16 Thesen zur Kommunikationsgesellschaft vor: Die Politik, die Verdrossenheit, die Medien.

Seite 2

Dokumentation

Vorschläge zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt hat die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet. Aus ihrem Papier dokumentieren wir das Kapitel über die Verantwortung der Medien. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 214

9. November 1993

Dem Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten Die Erinnerung an die Reichspogromnacht verpflichtet uns zum Handeln

Von Anke Fuchs MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den traurigen Jahrestag der Reichspogromnacht zum Anlaß genommen, ein umfangreiches Papier zum Thema vorzulegen. Wir brauchen entschlossenes und deutliches Handeln. Es gilt, den Rechtsextremen im erforderlichen Ausmaß Paroli zu bieten, die Ursachen und damit den Rechtsextremismus selbst zu bekämpfen und zu beseitigen. Die Bundesregierung läßt mit dem schielenden Blick auf den rechten Wählerstrand alles schleifen, was der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt wirklich dienen könnte.

Der Rechtsextremismus will einen autoritären Staat. Sein Gesellschaftsbild ist eindeutig hierarchisch geprägt. Das Gleichheitsprinzip wird kategorisch abgelehnt. Seine Staatsauffassung ist zutiefst undemokratisch. Die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit werden abgelehnt. Als Triebfeder jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung wird nicht das solidarische Miteinander, sondern das kämpfende Gegeneinander erklärt. Die alte philosophische Lehre, wonach jeder Mensch des anderen Wolf sei, findet auch über Hitlers "Mein Kampf" Eingang in die heutigen rechtsextremen Ideologien. Der Rechtsextremismus steht für einen Sozialdarwinismus, der alles Schwache, Wehrlose und Fremde ausgrenzt. Rechtsextremismus ist mehr als nur Ausländerfeindlichkeit. So ist beispielsweise die Mehrheit der Todesopfer nicht unter den Ausländern, sondern unter den Obdachlosen zu finden.

Die derzeitige ökonomische Krise der Bundesrepublik und das damit einhergehende soziale Elend in vielen gesellschaftlichen Bereichen ist eine herausragende Ursache, aber nicht die einzige.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundlich
mit recyceltem Rohmaterial
hergestellt



Unsere Zwei-Drittel-Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren endgültig etabliert, und gerade für die jüngere Generation ist sie zur Urfahrung geworden. Unsere Jugendlichen haben nicht mehr im erforderlichen Ausmaß das Leben in einer Gesellschaft erlebt, die sich darum bemüht, einen gesellschaftlichen Konsens und soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Rechtsextremistische Einstellungen entstehen eben in der Erfahrung sozialer und ökonomischer Problemlagen in der Gesellschaft. Sie sind die persönliche Verarbeitung von Alltagserfahrungen. Deshalb geht es auch darum, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Toleranz wieder zum Maßstab des politischen Handelns zu machen.

Man muß nicht der Volksweisheit 'Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil' anhängen, um zu sagen, daß die gesellschaftliche Antwort auf den Rechtsextremismus angemessen und in jeder Hinsicht verständlich sein muß. Wir müssen mit großer Entschlossenheit dafür sorgen, daß Polizei und Justiz im Hinblick auf den Rechtsextremismus die Möglichkeit zum schnellen Zugriff, die Möglichkeit für einen schnellen Prozeß und die Möglichkeit zum sofortigen Strafvollzug erhalten. Resozialisierende und sozialtherapeutische Maßnahmen sind wichtige, aber zweite Schritte. Gerade die Dialog- und Konsensfähigkeit unserer Gesellschaft kann nur damit erhalten werden, wenn gegenüber den Rechtsextremen alle rechtsstaatlichen Mittel konsequent und unmittelbar angewendet werden.

Das Papier der SPD mit Vorschlägen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, stellt ein umfangreiches Instrumentarium vor. Es kommt jetzt darauf an, daß auch alle Instrumente tatsächlich genutzt werden.

(-/9. November 1993/rs/ks)

(Dieser Problematik ist auch die Dokumentation in dieser Ausgabe gewidmet).

Die Politik, die Verdrossenheit, die Medien **16 Thesen zur Kommunikationsgesellschaft**

Von Dr. Christoph Zöfel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

A. Verdrossene Gesellschaft

These 1:

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus fühlen sich die reichen Gesellschaften des sogenannten Westens von globalen Herausforderungen bislang unbekannter Art bedroht, einzelne Bürger auch persönlich gefährdet: Der Ost-West-Gegensatz hat die 2. und die 3. Welt niedergehalten und so die 1. gesichert. Mit seinem Ende bedrohen die 2. und 3. Welt den Wohlstand in den reichen Gesellschaften des Westens. Ich halte das für die Hauptursache der Verdrossenheit, die wir erfahren und diskutieren.

These 2:

Innernaß der westlichen Wohlstandsgesellschaften haben sich in den vergangenen 25 Jahren kontinuierlich wachsende Unterschiede der Lebenschancen entwickelt, vor allem steigende Sockelarbeitslosigkeit, Ausgrenzung im Alter bei zunehmender Lebenserwartung, steigende Einkommensdisparitäten. Auch viele Bürger, die davon noch nicht betroffen sind, haben Angst, es könnte auch sie treffen. Dies ist ein zweiter Grund für die Verdrossenheit.

These 3:

Die Wohlstandsgesellschaften leiden an einer Informationsüberflutung, der sie passiv ausgesetzt sind. Viele Bürger können den von ihnen auch selbst erfahrenen Problemen, die mit Bedrohung und Angst verbunden sind, nicht begegnen. Das steigert die Verdrossenheit.

B. Rolle der Politik

These 4:

Seit Ende der 70er Jahre ist in allen Staaten des Westens die Staatsverschuldung rapide gestiegen. Politische Handlungsmuster, die in den 50er und 60er Jahren gelernt waren, nämlich auf gesellschaftliche Probleme mit zusätzlichen Finanzhilfen zu reagieren, funktionieren nicht mehr. So ist die Politik, gemessen an den Handlungsmustern, an denen sie und der Bürger sich orientieren, handlungsunfähig oder zumindest weniger handlungsfähig geworden.

These 5:

Politik war im Übergang von den 80er zu den 90er Jahren einem grundlegenden Wechsel ihrer Grundbewertung ausgesetzt und diesen grundlegenden Wechsel kann Politik nicht bewältigen.

Bis 1988 gab es einen weitgehenden Konsens in den westlichen Industriegesellschaften, den auch das politische System weitgehend verinnerlicht hatte: die Politik sollte gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen an Bedeutung verlieren. In den westlichen Gesellschaften war eigentlich alles ganz gut geregelt, und Politik so mehr und mehr überflüssig. Seit 1989 werden von der Politik Lösungen von Problemen verlangt, die zu lösen, sie nicht gelernt hat, den Ausgleich der Lebenschancen zwischen Westeuropa und Osteuropa, zwischen West- und Ostdeutschland - also nicht innerhalb von Gesellschaften, sondern zwischen Gesellschaften mit unterschiedlichen Entwicklungsvoraussetzungen.

Politik kann dies nicht leisten, weil in den ehemals kommunistischen Gesellschaften weder die Wirtschaft noch die öffentliche Verwaltungsstruktur, in ihrer Problemlösungsfähigkeit den Anforderungen der westlichen Gesellschaften auch nur näherungsweise entsprechen.

These 6:

Die an Kriterien der Tagesaktualität orientierte kommerzielle Kommunikation vermag diese neuen Basisprobleme politischen Handelns informationell nicht zu vermitteln.

C. Kommunikativer Umgang mit der Politik

These 7:

Die tatsächlichen prinzipiellen Mängel der politischen Handlungsmöglichkeiten werden in den Medien und partiell auch von der Politik selbst als Kritik an Politik vermittelt. Überspitzt: Die Defizite an politischen Handlungsmöglichkeiten, also steigende Staatsverschuldung und unvermeidliche Überforderung nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, werden nicht zu beheben gesucht, sondern die Tatsache der Politik selbst wird zur Ursache gesellschaftlicher Probleme gemacht.

These 8:

Die prinzipielle Kritik an Politik konkretisiert sich in der Kritik an den Parteien. Wenn schon nicht Politik als Ganzes so wird doch die politische Auseinandersetzung zwischen Parteien zur Ursache der ungelösten gesellschaftlichen Probleme. Diese Kommunikation enthält deutlich erkennbar mit Demokratie unvereinbare Argumentationsstrukturen.

Sie muß konfrontiert werden mit der elementaren Einsicht: Politik gibt es immer - es gibt nicht die Chance der Politikfreiheit. Wieder überspitzt: Hitler und Honecker sind die historischen Alternativen zu Kohl oder Scharping, nicht Politik zu Nicht-Politik.

These 9:

Repräsentanten des politischen Systems reagieren unter diesen Umständen vermehrt dadurch, daß sie Einsicht in die gesellschaftlichen Probleme und die Betroffenheit der Bürger signalisieren, so Themen besetzen und möglicherweise symbolisch handeln. Sie reduzieren

damit Politik zunehmend auf Kommunikation. Gleichzeitig befördern sie so eine Personalisierung der Politik, die vereinfachter Medienkommunikation entspricht.

D. Grundlagen der Kommunikationsgesellschaft

These 10:

Die Kommunikationsgesellschaft ist das doppelte Resultat des kontinuierlichen technischen Fortschritts seit Ende des 2. Weltkrieges. Einerseits hat die historisch einmalige Vervielfältigung des Wissens eine ausdifferenzierte Kommunikationsgesellschaft notwendig gemacht; denn bei steigendem Wissen muß ständig mehr kommuniziert werden. Andererseits sind durch technische Innovationen die medialen Möglichkeiten der Kommunikationen in einem Maße ausgeweitet, wie es vor 50 Jahren unvorstellbar war. Dabei sind die Wirkungen der einzelnen Kommunikationsmedien sehr unterschiedlich. Wer von Medien der Kommunikation generell spricht, vermischt die Wirkung der Tageszeitung, die sich in den letzten Jahrzehnten nur begrenzt geändert hat, mit den Wirkungen des Fernsehens oder der Magazine.

These 11:

Die Vervielfältigung des Wissens bedeutet auch eine Vervielfältigung von Fragen, eine Vervielfältigung von Risiken und damit die Vervielfältigung von Kritik. Die prinzipielle Notwendigkeit, bei mehr Wissen auch mehr Kritik zu üben, verbindet sich mit dem unverzichtbaren journalistischen Ethos der Kritik. Beides zusammen in Medien und insbesondere im Fernsehen gebündelt, kann aber die Lösung gesellschaftlicher Probleme behindern. In einer verdrossenen Gesellschaft droht die Gefahr des Eindrucks grundsätzlicher politischer Lösungsunfähigkeit.

These 12:

Das Fernsehen berichtet nicht nur, es schafft für seine Zuschauer auch Wirklichkeit. Die Ereignisse im Fernsehen treten neben, ja sie ersetzen teilweise die Alltagserfahrung. Das hat zur Konsequenz, daß politische Aktionen, manchmal sogar an sich, aber fast immer der Art und Weise nach, wegen des Fernsehens stattfinden. Sowohl der Kuwait-Krieg als auch der jüngste Putschversuch in Moskau wirkten wie Fernsehinszenierungen. Und um in Deutschland zu bleiben - Parteitage, auch die der SPD, werden überwiegend auf Fernsehwirkung hin inszeniert.

These 13:

Damit haben die Verantwortlichen für das Fernsehen mit ihren Programmentscheidungen eine erhebliche Verantwortung für die politische Wirklichkeit. Dieser Verantwortung wird die übliche Rolleninszenierung zwischen den im Fernsehen kommunizierenden politischen und journalistischen Akteuren nicht gerecht. Wieder zugespitzt: Die Resümees von Ulrich Wickert haben auf die Meinungsbildung zu politischen Problemen mehr Einfluß als die Politiker der zweiten Reihe, also Norbert Blüm bis Wolfgang Thierse.

E. Handlungsmöglichkeiten und Handlungsnotwendigkeiten der Politik

These 14:

Politische Kommunikation muß sich deutlich absetzen von passiver Medienkommunikation: sie muß handlungsorientiert sein, das heißt, Chancen zum Handeln vermitteln. Parteien können an Attraktivität nur dann wieder gewinnen, wenn deutlich wird, daß die Teilnahme an ihren Kommunikationsprozessen eben nicht passive Entgegennahme von Unlösbarem, sondern ein möglicher Beitrag zu Problemlösungen ist.

These 15:

Der Staat, die Politik und die Parteien, die staatliche und politische Willensbildung organisieren, müssen deutlich machen, daß sie Leistungen erbringen und erbringen müssen. In Deutschland entscheiden sie über die Verwendung von 40-50 Prozent des Volkseinkommens, das sie zuvor durch Steuern und Abgaben von den Bürgern erhalten. Es ist der Nachweis erforderlich, daß diese staatliche bzw. politische Verwendung für den Bürger nützlichere Leistungen erbringt als seine private. Gleichzeitig müssen die Politik und damit der Staat deutlich machen, daß sie nicht Teilnehmer an einem Konkurrenzspiel verschiedener Kommunikationen

sind. Wenn Politik den Eindruck vermittelt, daß die Teilnahme an politischer Kommunikation eine Möglichkeit von Teilnahme an beliebiger Kommunikation zum Beispiel Sportveranstaltungen oder Unterhaltungssendungen ist, dann liegt sie fehl und wäre mit circa 45 Prozent des Volkseinkommens skandalös überbezahlt. Und wieder zugespitzt: Harald Schmidt oder Thomas Gottschalk sind allemal bessere Unterhalter als Helmut Schmidt oder Helmut Kohl.

These 16:

Demokratie und Parteienkonkurrenz werden nur akzeptiert werden, wenn sie deutlich unterscheidbare gesellschaftliche Grundkonzepte und Grundentscheidungen deutlich werden lassen. Der Mangel an solchen Unterscheidungen scheint für mich die eigentliche Ursache von Parteienkritik und Flucht in die Personalisierung von Politik zu sein. Unterscheidbare Grundkonzepte sind Voraussetzungen dafür, daß kommunikative Personalisierungen auf symbolhafte Spitzenpolitiker nachlassen, die diese in vielen Fällen überfordern, wie es die SPD am Beispiel von Björn Engholm leidvoll erlebt hat. Grundkonzeptionen, die in Deutschland zwischen dem konservativen und dem sozialaufklärerischen Lager Unterschiede deutlich machen, sind der Nationalstaat, der ausgrenzt, und der Sozialstaat, der integriert.

(-/9. November 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Die Medien tragen Verantwortung

Unter dem Titel "Vernunft, Entschlossenheit, Toleranz." hat die Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" Vorschläge zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt vorgelegt. Aus dem unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten Siegfried Vergin erarbeiteten, 41 Seiten umfassenden Papier dokumentieren wir das Kapitel, das sich mit der Verantwortung der Medien auseinandersetzt.

Die Medien sind in hohem Maße mitverantwortlich für den demokratischen Charakter unserer Gesellschaft. Bei der Bekämpfung politisch motivierter Gewalt kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu: Elektronische Medien, aber auch Printmedien haben als Informationsvermittler einen großen Einfluß auf das Denken und Handeln und somit gegebenenfalls auch auf die Herausbildung und Verfestigung von Vorurteilen in der Bevölkerung. Mit dieser Rolle müssen sie verantwortungsbewußt umgehen.

Die erhöhte Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist nicht monokausal auf die vermehrte Darstellung von Gewalt in den elektronischen Medien zurückzuführen. Aber es ist unstrittig, daß ständige Gewaltdarstellungen Hemmschwellen senken und zur erhöhten Akzeptanz von Gewalt als Mittel alltäglicher Konfliktaustragung beitragen. Die öffentliche Debatte über die Entwicklung der Massenmedien Fernsehen, Film und Video - insbesondere mit ihrer kommerzialisierten Variante - muß verstärkt und systematisiert werden. Dazu gehört auch, daß derjenige, der während oder nach Gewalt-, Horror- und Pornosendungen wirkt, gewiß sein kann, sich unter dem Druck der Öffentlichkeit ein Negativ-Image einzuhandeln.

Falls erforderlich, sind konkrete Maßnahmen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu ergreifen. Dabei ist nach dem Grundsatz der Subsidiarität staatlichen Handelns die Selbstkontrolle der Aufsicht durch den Gesetzgeber vorzuziehen, weshalb die Idee einer "Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen" bei Beobachtung der Entwicklung grundsätzlich zu begrüßen ist. Ein entsprechender Vorrang gilt auch für das Aufholen von Vollzugsdefiziten - also für das Ausschöpfen der vorhandenen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten - das dem Inkraftsetzen neuer staatsvertraglicher oder gesetzlicher Regelungen vorzuziehen ist.

Unsere Vorschläge sind unter anderem:

1. Private wie auch öffentlich-rechtliche Programmanbieter sollten sich freiwillig zu einem verantwortungsbewußten Umgang mit Gewaltdarstellungen verpflichten. Ein Kernpunkt solcher Regelungen muß sein, daß Gewaltdarstellungen nie um ihrer selbst willen, also ohne dramaturgisch zwingenden Grund und nicht ohne die Darstellung ihrer Folgen für die Opfer und eine angemessene Aufarbeitung des Gezeigten stattfinden sollen. Auch sollte Ausmaß und Intensität der Wiedergabe von Gewalt in Nachrichten- und Informationssendungen kritisch überprüft werden.
2. Entsprechend der Aufgabenverteilung des Grundgesetzes müssen Bund und Länder verstärkt Initiativen zu einer verantwortungsbewußten Medienerziehung ergreifen. Denkbar sind die systematische Einfügung des Umgangs mit Film-, Fernsehsendungen und Fernsehnachrichten in die Lehrpläne des Faches Deutsch, die Initiierung interdisziplinärer Forschungsaktivitäten mit dem Schwerpunkt Medienwirkungsforschung, die Schaffung von weiteren Lehrstühlen für Massenkommunikation und medienpädagogische Schwerpunktsstudiengänge für Lehrer und Lehrerinnen und Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen an den Universitäten, sowie überhaupt die Förderung von Projekten, die kreativen Gebrauch von Fernsehen und Video mit Kindern und Jugendlichen trainieren (präventive Hilfen für Eltern, Kindergärten, Schulen und Jugendzentren).
3. Die Landesmedienanstalten müssen ihre in den Mediengesetzen festgelegten Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten nutzen, damit auch kommerzielle Veranstalter in ihren Programmen den Anforderungen des Jugendschutzes entsprechen.
4. Der Bund ist aufgefordert, im Rahmen der EG-Medienpolitik auch für die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen einzutreten.
5. Es soll jährlich ein Bericht erstellt werden, der Material über die Programmentwicklung des Berichtszeitraums und fundierte Untersuchungen im Hinblick auf gesellschaftliche Wirkungen der Massenmedien enthalten muß.

In dem Bestreben, rechtsextreme Umtriebe zu unterbinden, muß geprüft werden, inwieweit Staatsvertragsänderungen, Änderungen entsprechender Straftatbestände im Strafgesetzbuch und entsprechende Ergänzungen der Landesmediengesetze rassistische, antisemitische und rechtsextremistische Wahlwerbung verhindern können. Dabei wären die Regelungen zu verschärfen, die Wahlwerbung in den elektronischen Medien auf eine bestimmte, kostenlos zur Verfügung zu stellende Sendezeit zu verschränken, und zusätzliche, kommerziell belegte Sendezeit für Wahlspons ausdrücklich auszuschließen, um die Chancengleichheit zu gewährleisten.

(-/9. November 1993/rs/ks)
